

## **VBGR Kommentar zum Entwurf zur Änderung des Bundessonderzahlungsgesetzes.**

### **Auszüge aus dem Schreiben des Vorsitzenden des VBGR an den Bundesvorstand des dbb im Januar 2006.**

**Zur Situation:** Mit dem Entwurf zur Änderung des Bundessonderzahlungsgesetzes soll die Halbierung der jährlichen Sonderzahlung für Beamte, Richter, Soldaten sowie Versorgungsempfänger in den Jahren 2006 bis 2010 vorgenommen werden. Eine Maßnahme die keinerlei Verständnis unter unseren Bundesbeamten findet, sondern auf eine breite Ablehnung stößt.

Nachdem die Kürzungsabsicht beim Weihnachtsgeld und die Verlängerung der Wochenarbeitszeit durch die Medien verbreitet wurde, stehen bei den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten des **VBGR** die Telefone nicht mehr still. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit sprechen uns die **Beamten und Beamtinnen des Patent- und Markenamtes und des Bundespatengerichts** auf die Maßnahmen an und machen nicht nur ihrem Unmut Luft, sondern bringen gleichzeitig ihre Sorge über ihre weitere berufliche Zukunft und zum Ausdruck. Viele wissen nicht, wie sie ihre Familien in den nächsten Jahren einigermaßen vernünftig über die Runden bringen können.

Dazu muss man darauf hinweisen, dass die Beschäftigten des Patentamtes im letzten Jahr in einer ganz hervorragenden Arbeitsleistung 40.000 Patentanmeldungen zum Abschluss gebracht haben. Jede Firma würde eine solche Leistung mit Sonderzahlungen honorieren, statt weitere Einkommenskürzungen zu verordnen. Völliges Unverständnis macht sich nicht nur bei den Kolleginnen und Kollegen in den unteren Einkommensgruppen breit, sondern reicht bis in die Spitze der Leitungsebene hinein.

Eine derartige von einer so breiten Basis der Beamtenschaft getragene Ablehnungsfront habe ich in meiner 20-jährigen Gewerkschaftsarbeit noch nicht erlebt.

Immer häufiger werden wir mit der Frage konfrontiert, was denn der **dbb** dagegen unternimmt. Unmutsäußerungen nehmen zu und der Ruf nach Aktionen wird deutlich lauter und die Bundesleitung sollte ernsthaft weitergehende Aktionen in Betracht ziehen.

Die Vorgehensweise der **Bundesregierung** entspricht dem Handeln eines Obrigkeitsstaates, der mit seinen Beschäftigten nach Gutdünken umspringt und von oben herab Anordnungen trifft, ohne die Beschäftigten anzuhören oder auf ihre Belange auch nur in irgendeiner Weise Rücksicht zu nehmen oder auf sie einzugehen.

## **Geschäftsstelle München**

Morassistraße 2  
D-80469 München

Verantwortlich  
Jörg Czarnowski  
Telefon 089.2195-2656  
02.02.2006  
Telefon 089.2157-8433  
Telefax 089.2157-8433  
[post@vbgr.dbb.de](mailto:post@vbgr.dbb.de)  
[www.vbgr.dbb.de](http://www.vbgr.dbb.de)

# aktuell

Das Anhörungsrecht der Gewerkschaften wird ignoriert und mit Füßen getreten.

Das hat nichts mehr mit der von der letzten Bundesregierung propagierten modernen Verwaltung zu tun. Die Bundesregierung, vertreten durch den Innenminister Schäuble, zeigt eine Ignoranz und Selbstherrlichkeit der Macht, die sich auf eine satte parlamentarische Mehrheit stützt und ihre Maßnahmen rücksichtslos durchpeitscht, weil sie keine echte parlamentarische Opposition fürchten muss.

Der im Gesetzentwurf angeführte **Vergleich mit der Wirtschaft** ist nicht zu Ende gedacht worden, denn eine Firmenleitung, die so schlecht wirtschaften würde, wie die Bundesregierung es tut, würde schon längst von den Geldgebern entfernt worden sein.

Es ist doch offenkundig, dass es weite Bereiche der deutschen Wirtschaft gibt, in denen die Lage gut ist und wo auch gut verdient wird.

Wie ist es sonst zu erklären, dass in der Metallindustrie eine Lohnforderung von 5% auf dem Tisch liegt und dass in diesem Bereich in den letzten Jahren Tarifierhöhungen von 2,1% in 2001, 4% in 2002, 3,1 % in 2003 und 2,7% in 2005 möglich waren. Derartige Einkommensverbesserungen gelten für die gesamte Metall- und Elektroindustrie und betreffen eine große Zahl von Beschäftigten. Sie bewegen sich in einer Größe, von der die Beamten nur träumen können...

Bei der Anhörung beim Bundesinnenminister sollte klar gemacht werden, was die Folgen einer derartigen arroganten Vorgehensweise sein werden: Eine breite Demotivation der Beamtenschaft verbunden mit einer weiter um sich greifenden Staats- und Politikverdrossenheit mit dauerhaften negativen Folgen für den demokratischen Rechtsstaat.

Falls die Bundesleitung des DBB trotz eindeutig vorprogrammierter Aussichtslosigkeit trotzdem an der Anhörung teilnimmt, so respektieren wir das und wünschen der Delegation das notwendige Verhandlungsgeschick.

Vorsitzender